

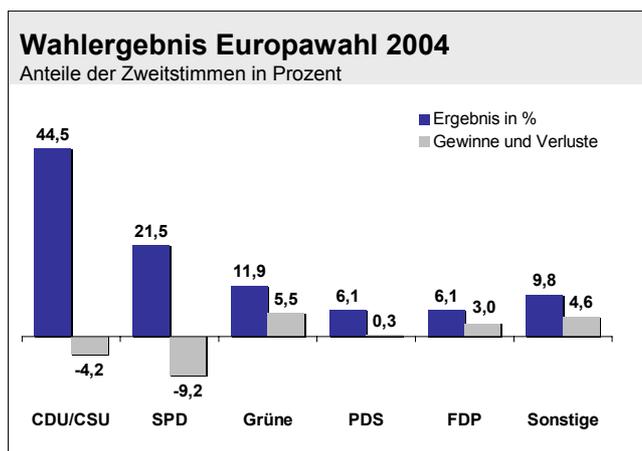
Europawahl in Deutschland

13. Juni 2004



Debakel für die SPD: Unzufriedenheit mit Bundesregierung prägt Entscheidung

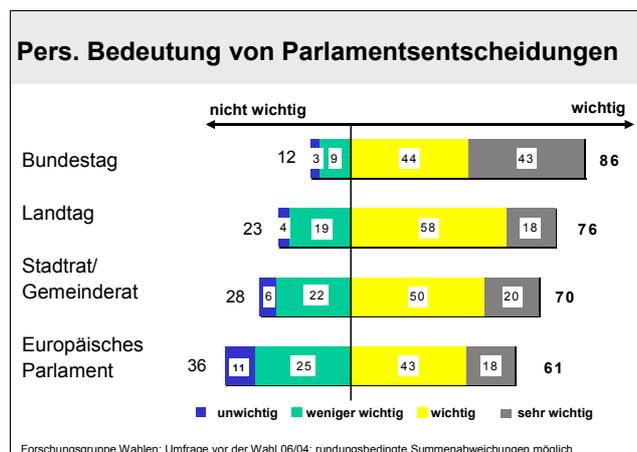
Mit 21,5 Prozent bei der Europawahl stürzte die SPD auf einen historischen Tiefpunkt: Vor allem wegen der Unzufriedenheit mit ihrer Regierungspolitik erzielten die Sozialdemokraten ihr mit Abstand schlechtestes Resultat bei einer bundesweiten Wahl. Die Union blieb trotz Einbußen die klar stärkste Partei (44,5 Prozent). Die höchsten Gewinne konnten die Grünen (11,9 Prozent) verbuchen, die PDS (6,1 Prozent) blieb nahezu unverändert und ist damit genauso im Europäischen Parlament vertreten wie die FDP, die erstmals seit 1989 wieder die 5-Prozent-Hürde schaffte (6,1 Prozent).



Trotz ähnlich hoher Wahlbeteiligung in Ost und West unterscheidet sich das Ergebnis der Parteien in den alten und neuen Bundesländern deutlich: Während die PDS im Osten auf 25,1 Prozent kam, fand sie im Westen mit nur 1,7 Prozent praktisch nicht statt. Damit ist die PDS jetzt im Osten zweitstärkste Partei nach der CDU, die dort 34,2 Prozent erhielt. Im Westen kam die CDU/CSU auf 46,9 Prozent und ist dort doppelt so stark wie die SPD mit 22,9 Prozent. Im Osten landete die SPD abgeschlagen mit 15,6 Prozent sogar nur auf Platz drei. Die Grünen sind im Westen (13,2 Prozent) weiterhin klar stärker als im Osten der Republik (6,7 Prozent).

Die mit 43 Prozent niedrigste Wahlbeteiligung bei einer bundesweiten Wahl zeigt angesichts des tatsächlichen Einflusses des Europaparlaments auch ein Vermittlungsproblem der Politik. Parlamentsbeschlüsse aus Brüssel oder Straßburg halten 61

Prozent der Deutschen persönlich für wichtig, bei Entscheidungen des Deutschen Bundestags sind dies aber 86 Prozent. Hinzu kommt, dass das Interesse für Europapolitik (31 Prozent) weit unter dem Interesse für Politik im Allgemeinen (50 Prozent) liegt.



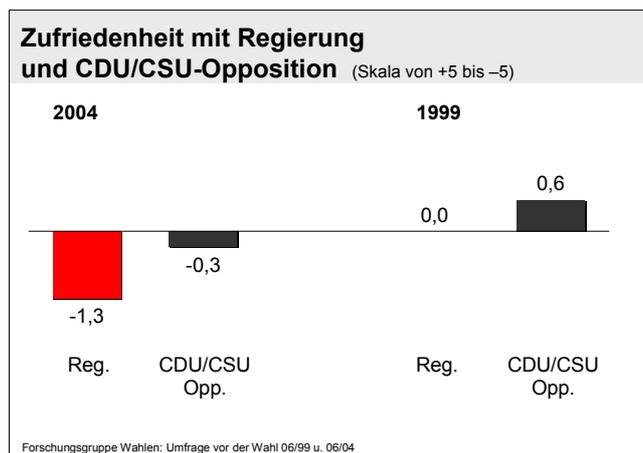
Für eine Mehrheit der Deutschen war die Europawahl eine bundespolitische Angelegenheit: 51 Prozent trafen ihre Entscheidung primär wegen der Politik in Berlin, für nur 43 Prozent war dagegen bei der Stimmabgabe die Europapolitik wichtiger. Während bundespolitische Motive für 58 Prozent der Unionsanhänger, 53 Prozent der FDP-Anhänger und 66 Prozent der PDS-Anhänger den Ausschlag gaben, spielten diese Gründe für nur 28 Prozent der Grünen-Anhänger eine wahlentscheidende Rolle (SPD-Anhänger: 42 Prozent).

Wichtiger für die Wahlentscheidung ist die Politik ...

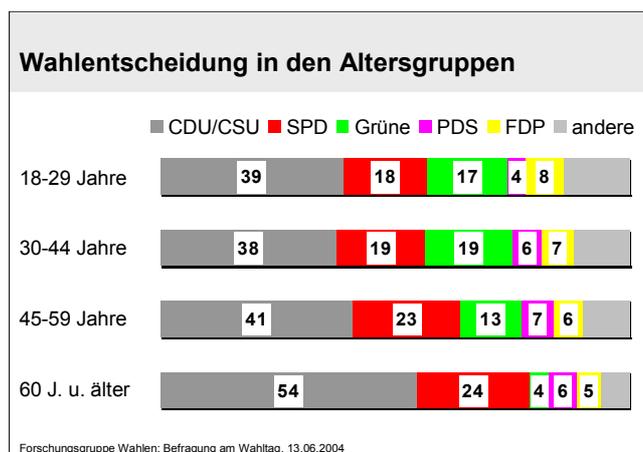
	in Europa	im Bund
alle	43 %	51 %
CDU/CSU-Anhänger	37 %	58 %
SPD-Anhänger	50 %	42 %
Grünen-Anhänger	63 %	28 %
FDP-Anhänger	43 %	53 %
PDS-Anhänger	34 %	66 %

Bei der starken bundespolitischen Komponente der Wahl profitierte die Union vor allem von der hohen Unzufriedenheit mit der Bundesregierung:

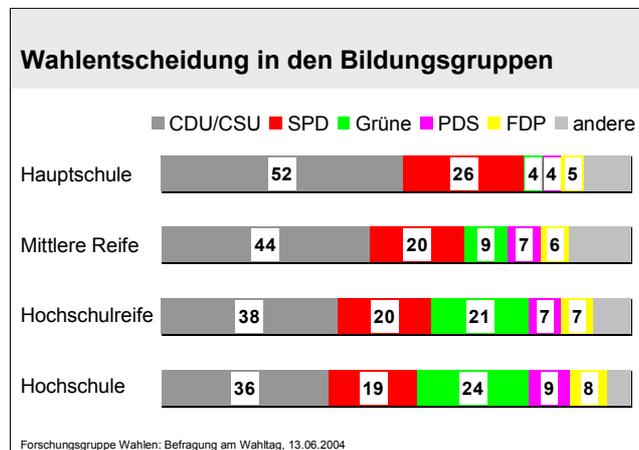
Auf der +5/-5-Skala erhielt diese die Note minus 1,3 und wurde damit deutlich schlechter eingestuft als die CDU/CSU in der Opposition (minus 0,3). Die Union hat es vor allem geschafft, diesen Protest zu bündeln, während die SPD noch stärker als bei früheren Europawahlen große Schwierigkeiten hatte, die eigene Klientel an die Urne zu bringen. Auch den Grünen kam nach ihrem schlechten Ergebnis von 1999 jetzt die Schwäche der SPD zugute.



Besonders große Verluste musste die SPD bei den Arbeitern hinnehmen, hier verlor sie 13 Prozentpunkte und erreichte mit einem Ergebnis von 23 Prozent in ihrer traditionellen Kerngruppe nur noch knapp ein Viertel aller Wähler. Auch in der Gruppe der 30- bis 44-Jährigen fielen die Verluste mit 13 Prozentpunkten überdurchschnittlich stark aus. In dieser Altersgruppe erreichten die Grünen mit 19 Prozent ihr bestes Ergebnis (plus 8 Prozentpunkte).



Die CDU/CSU erzielte mit 54 Prozent in der großen Gruppe der über 60-Jährigen erneut ihr bestes Resultat, musste aber in allen anderen Altersgruppen Einbußen hinnehmen. Bei den unter 30-Jährigen und bei den 45- bis 59-Jährigen verlor sie mit 8 Prozentpunkten überdurchschnittlich.



Die FDP konnte besonders bei jüngeren Wählern punkten und erzielte mit 8 Prozent bei den unter 30-Jährigen ihr bestes Ergebnis. Die PDS schnitt im Osten bei den über 60-Jährigen mit 30 Prozent besonders gut ab. Sie profitierte von den gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahlen in drei ostdeutschen Bundesländern sowie der Landtagswahl in Thüringen.

Mit der Europawahl strafen zahlreiche Wähler die Regierungspolitik der SPD in Berlin ab. Ähnlich wie bei der Europawahl 1999 profitierte die Union von der Schwäche der SPD. Die CDU/CSU konnte ihre Anhänger besser mobilisieren.

Allerdings ist die Europawahl in Deutschland, auch wegen der geringen Wahlbeteiligung, kein echter Testlauf für die Bundestagswahl 2006. Als aktuelles Stimmungsbarometer gibt sie aber allemal Auskunft über die momentan desaströse Verfassung der Bundesregierung.

(Mannheim, 14.06.2004)

Herausgeber: Forschungsgruppe Wahlen e.V.
68011 Mannheim, Postfach 10 11 21, Tel. 0621/1233-0
FAX: 0621/1233-199 Internet: www.forschungsgruppe.de

Weitere Grafiken und Berichte zur Europawahl finden Sie auch im Web unter: <http://www.zdf.de>. Nächstes reguläres Politbarometer am Freitag, den 25.06.04 im Anschluss an das „heute-journal“. Dieser Newsletter kann unter der Adresse Bestellung@forschungsgruppe.de für eine jährliche Schutzgebühr in Höhe von € 15,- bestellt werden. Nachdruck mit Quellenangabe und Belegexemplar gestattet.